

Inhalt

1	Einleitung: Die Krise der heutigen Ökonomie	11
2	Ein Philosoph entdeckt die Wirtschaft: Adam Smith	15
	Die Mutter bleibt der wichtigste Mensch – ein Leben lang	17
	Eine Eliteuniversität enttäuscht: Adam Smith langweilt sich in Oxford	19
	Wirtschaft in Glasgow: Monopole und Sklavenhandel	25
	Begegnung mit der Konkurrenz: die Physiokraten	28
	Das Werk eines Pensionärs: <i>Der Wohlstand der Nationen</i>	31
	Smith fordert den Freihandel – und wird Zollbeamter	33
3	Vom Bäcker bis zum Freihandel: <i>Der Wohlstand der Nationen</i> (1776)	35
	Der Irrtum der Merkantilisten: Gold macht nicht reich	36
	Das zentrale Prinzip: Die Arbeitsteilung erklärt (fast) alles	39
	Gemeinnutz durch Eigennutz: Wie die Makroökonomie entdeckt wurde	41
	Ein Rätsel, das ein Rätsel bleibt: Wie entstehen Preise und Gewinne?	44
	Das Los der Arbeiter: Reicher als »viele Könige in Afrika«	50
	Freihandel weltweit: Die Anfänge der Globalisierung	55
	Kolonien und Sklaverei: Ausbeutung macht ärmer	57
	Die Brücke von Smith zu Marx: David Ricardo (1772–1823)	64
4	Ein Kommunist analysiert den Kapitalismus: Karl Marx	75
	Unkonventionelle Ehe: Jenny ist älter	79
	Das Erbe von Hegel: Die Dialektik des Prozesses	82

Marx erfindet das Proletariat	88
Mehr als nur »ein Talent«: Friedrich Engels	91
Die Lage der arbeitenden Klassen in England	97
Die Revolution war schneller: <i>Das Kommunistische Manifest</i>	102
Das Elend des Exils: London	108
Von Marx zum Marxismus	116
5 Der Sozialismus wird wissenschaftlich: <i>Das Kapital</i> (1867)	119
Ausbeutung ist fair: Die Logik des »Mehrerts«	120
Kapital ist kein Besitz, sondern ein Prozess	123
Die Dialektik des Kapitals: Konkurrenz endet im Monopol	125
Irrtum I: Die Arbeiter sind nicht verelendet	127
Irrtum II: Ausbeutung gibt es – aber nicht den Mehrwert	130
Irrtum III: Geld ist keine Ware	132
Auch ein Genie darf irren: Die Bedeutung von Marx	136
6 Der Kapitalismus interessiert nicht: die Neoklassiker	139
Nur der subjektive Nutzen zählt	140
Ein Rätsel, das ein Rätsel bleibt: Wo kommen die Preise her?	142
Die Realität wird ignoriert: Großkonzerne sind angeblich unwirtschaftlich	144
Schumpeter spottet über die Neoklassik: nur »Jammergestalten«	146
Krisen? Welche Krisen?	148
7 Wo bleibt das Geld?! John Maynard Keynes	153
Die Eltern sind stolz: Keynes schafft es nach Eton	154
Ein fähiger Mathematiker, aber kein Genie	158
Nichts zu tun im India Office: Keynes schreibt seine Dissertation	159
Reparaturen sind unbezahlbar: Keynes verfasst einen Bestseller	163
Als Dozent verdient er zu wenig: Keynes wird Spekulant	167
Der private Keynes: Bloomsbury und Lydia Lopokova	169
Keynes' langer Abschied von der Neoklassik	173
Unheilbar krank	179

8 Sicher ist nur die Unsicherheit: <i>Die allgemeine Theorie</i> (1936)	181
Die Neoklassik versteht ihre eigene Theorie nicht	182
Sparen ist keine Tugend – sondern gefährlich	185
Kleiner Exkurs: Wo kommt das Geld her?	187
Das ungelöste Rätsel der Neoklassik: Wie funktioniert der Zins?	188
Es zählt nicht der Zins – sondern die Spekulation	190
Der Homo oeconomicus hat keine Chance – weil es das Risiko nicht gibt	193
Die Übermacht der Finanzmärkte	195
Versagt der Markt, muss der Staat eingreifen	198
Kein Freihandel mit Geld	201
9 Der heutige Mainstream: Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung	205
Mitten im »Wirtschaftswunder«: Die Neoliberalen planen ihren Siegeszug	206
Ein Lobbyist der Industrie: Ludwig Erhard	210
Die Wende von 1973: Das Finanzkasino öffnet wieder	214
Milton Friedman: die »Konterrevolution« gegen Keynes	219
Der Monetarismus versagt – aber die Finanzmärkte boomen	222
Eine falsche Theorie wird teuer: Die Finanzkrise kostet Billionen	226
Nach der Krise ist vor der Krise	231
10 Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können	233
Anmerkungen	243
Literatur	281

10 Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können

Die Ökonomie ist keine Naturwissenschaft. Diese Aussage mag trivial erscheinen – aber die Neoklassik versucht seit dem 19. Jahrhundert, ihre Theorie als eine Variante der Physik zu verkaufen. Symptomatisch ist Milton Friedman, der in seiner Nobelpreisrede verkündete: Die Prognosen der Ökonomie seien zwar manchmal falsch – aber nicht häufiger als in der Physik, Biologie, Medizin oder Meteorologie.¹

Diese Sicht ist so erstaunlich wie unsinnig. Aber es hat eine Funktion, dass die Neoklassiker gern eine Naturwissenschaft wären: Dies entsorgt das leidige Thema namens »Macht«. Plötzlich ist es keine politische Frage mehr, warum einige reich und viele arm sind. Die Ungleichheit wird zu einem angeblichen Naturgesetz erhoben, an dem sich nichts ändern lässt.²

Der Mensch wird zu einem Atom stilisiert, das einsam auf seiner Bahn kreist. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher brachte diese Fiktion einst wunderbar auf den Punkt, als sie ihren berühmt-berüchtigten Satz äußerte: »There is no such thing as society.« (Es gibt keine Gesellschaft.)

Glaut man Thatcher und den Neoklassikern, dann wird eine Stadt wie London von 8,7 Millionen Robinson Crusoes bevölkert, die alle auf ihrer eigenen separaten Insel sitzen. Mit diesem Einzelgängermodell lässt sich der Kapitalismus nicht verstehen, der ein komplexes Zusammenspiel der gesamten Gesellschaft ist.

Die Ökonomie muss daher zu Smith, Marx und Keynes zurückkehren, wenn sie relevante Erkenntnisse produzieren will. Allerdings darf man nicht den neoklassischen Fehler wiederholen, nun ebenfalls nach »Wahrheiten« zu suchen. Der Kapitalismus ist so dynamisch, dass sich die Perspektiven und Themen ständig ändern.

Jede Generation muss ihre eigene Wirtschaftswissenschaft erfinden. Trotzdem können Smith, Marx und Keynes wesentliche Anregungen liefern.

Um bei der Mikroökonomie zu beginnen: Die Neoklassik liegt falsch, wenn sie glaubt, dass die »Grenzkosten« oder die »Grenzproduktivität« die Preise bestimmen würden. Stattdessen hatte Adam Smith mit seiner »additiven Sicht« recht, dass sich die Preise aus Kosten plus Gewinnmarge zusammensetzen. Genauso gehen die meisten Firmen auch heute vor, wie aktuelle Umfragen unter Managern zeigen: Sie kalkulieren ihre Aufwendungen und schlagen eine Profitrate oben drauf.³

Natürlich gibt es zahllose Zusatztricks, wie Firmen ihre Kunden übertölpeln können, was in der Beratungsliteratur für Führungskräfte auch breit beschrieben wird. Doch auch diese »Preisbibeln« kommen gänzlich ohne Begriffe wie Grenznutzen, Grenzkosten oder Grenzertrag aus.⁴ Die Neoklassik hat also mit der Praxis der Firmen nichts zu tun und sich in eine fiktive Welt abgesondert.

Die Betriebswirtschaftslehre hat die Neoklassik nie rezipiert, weil diese so offensichtlich realitätsfern ist.⁵ Aber anderswo hinterlässt diese irrixe Preistheorie noch immer immense Schäden. Ganz besonders ist dies beim Thema Lohnpolitik zu beobachten.

Die Neoklassiker sind sehr einflussreich und dominieren alle Expertengremien, die die Ministerien beraten. Permanent werden also die Regierungen ermahnt, dass die Löhne der »Grenzproduktivität« des einzelnen Arbeitnehmers entsprechen müssten. Übersetzt: Wenn es Arbeitslose gibt, müssen die Löhne runter, denn die Arbeitslosigkeit scheint ja zu zeigen, dass die Beschäftigten zu teuer sind. Hierbei handelt es sich zwar um einen klassischen Zirkelschluss, aber das fällt in der Hitze der Debatte nicht auf. Auch wissen die meisten Politiker nicht, dass die Neoklassik auf einer Theorie beruht, die eine Fiktion namens Robinson Crusoe modelliert.

Wie zirkulär die neoklassische Theorie argumentiert, zeigt sich auch daran, dass man fast nie gehört hätte, dass die Neoklassiker für deutliche Lohnsteigerungen plädieren. Völlig unabhängig von der realen Lage dekretieren diese Ökonomen immer, dass die Ge-

hälter tendenziell zu hoch seien, »Lohnzurückhaltung« angesagt und ein Mindestlohn brandgefährlich sei.

Zumindest ein eklatanter Widerspruch sollte jedoch sofort auffallen: Die Neoklassiker sind zwar hingebungsvoll damit beschäftigt, die »Grenzproduktivität« von Friseurinnen in Ostdeutschland zu analysieren – aber auf sich selbst wenden sie ihre Theorie niemals an. Nie wird gefragt, wie hoch eigentlich die »Grenzproduktivität« eines Wirtschaftsprofessors ist, der unbeirrt an einer Theorie festhält, die schwere Finanzkrisen und damit Billionenschäden produziert. Wäre die Welt tatsächlich neoklassisch, wären alle Neoklassiker längst entlassen, weil ihre »Grenzproduktivität« eindeutig weit unter null liegt.

Aber Löhne entstehen eben anders, als die Neoklassiker glauben: Das Lohnniveau hängt nicht von der »Grenzproduktivität« des einzelnen Arbeitnehmers ab – sondern entscheidend ist das technische Niveau der gesamten Volkswirtschaft. Je höher die Wirtschaftsleistung ist, desto höher sind auch die Löhne des Einzelnen. Der südkoreanische Ökonom Ha-Joon Chang illustriert diesen Effekt sehr anschaulich anhand von zwei Busfahrern: Sven lebt in Schweden und Ram in Indien. Beide sind gleich »produktiv«, denn beide transportieren Menschen in einem Bus. Trotzdem verdient Sven fast fünfzigmal so viel wie Ram.⁶

Auch der erfolgreiche Investor Warren Buffett weiß genau, dass er seine Milliarden nur verdienen konnte, weil er in den USA geboren wurde: »Ich persönlich glaube, dass ich mein Einkommen zu einem wesentlichen Teil der Gesellschaft zu verdanken habe. Würde man mich irgendwo in Bangladesch oder Peru aussetzen, würde man schnell feststellen, wie wertlos mein Talent in der falschen Umgebung ist. Ich würde nach dreißig Jahren immer noch ums Überleben kämpfen.«⁷

Neoliberale berufen sich zwar gern auf Adam Smith, haben aber nie verstanden, was aus dem Prinzip der Arbeitsteilung folgt: Jeder ist Teil eines Teams, und die Leistung des Einzelnen ist nur sehr eingeschränkt individuell messbar, weil sie von der Zuarbeit anderer abhängt. Im Kapitalismus kann der Erfolgreiche nur erfolgreich sein, weil ihm viele andere diesen Erfolg ermöglichen. Daher lässt

sich auch nicht wissenschaftlich bestimmen, wie hoch das Gehalt einer Sekretärin im Vergleich zur Vergütung eines Managers sein sollte. Dies ist eine Machtfrage, um noch einmal das M-Wort zu benutzen, das die Neoklassiker so fürchten.

Nur ein Beispiel: Aktuell verdienen DAX-Manager fünfzigmal so viel wie durchschnittliche Angestellte.⁸ Es fällt schwer zu glauben, dass sie auch so viel leisten wie fünfzig Angestellte.

Keynes hatte also recht, dass es sinnlos ist, auf den »Arbeitsmarkt« zu starren, um herauszufinden, warum es Arbeitslose gibt. Wie hoch die Beschäftigung ist, wird ganz woanders bestimmt – auf den Finanzmärkten. Die Anleger entscheiden, ob sich »echte« Investitionen in »echte« Firmen lohnen – ob es sich also rentiert, Arbeitskräfte einzustellen – oder ob es lukrativer ist, mit Derivaten, Anleihen, Aktien und Immobilien zu spekulieren.

Die ganz eigene Logik der Finanzmärkte lässt sich aber nur verstehen, wenn man, wie Keynes, makroökonomisch und damit in Gesamtaggregate denkt. Nur dann fällt sofort auf, dass es sich um blanke Spekulation handeln muss, wenn täglich vier Billionen Dollar um den Erdball kreisen, um mit Währungen zu spekulieren – obwohl die globale Wirtschaftsleistung insgesamt nur 73 Billionen Dollar im Jahr beträgt.

Die Neoklassik hingegen kann diese Spekulation gar nicht erkennen, weil sie in ihrer Mikroökonomie verharrt und sich nur für das einzelne Derivat interessiert. Unbeirrt nimmt die Neoklassik an, dass die »Finanzmärkte« echte Märkte seien, auf denen sich normale Preise bilden. Dies ist offensichtlich falsch: Wenn Kartoffeln teurer werden, kaufen viele Kunden lieber Nudeln. Doch wenn die Preise für Aktien steigen, werden nicht etwa weniger Papiere gekauft – sondern mehr. Sobald die Kurse zulegen, stürzen sich die Spekulanten erst recht auf die Aktien, um die »Rallye« bloß nicht zu verpassen. Für den einzelnen Finanzanleger ist es rational, der Herde zu folgen, selbst wenn die gesamte Herde in die falsche Richtung hetzt.

Die Herde der Finanzanleger lässt sich nur stoppen, wenn man das Gatter ihrer Weide verrammelt. Es ist kein Zufall, dass Keynes letztlich sein Leben opferte, um ausgerechnet ein optimales Welt-

währungssystem durchzusetzen. Er wusste, dass der Kapitalismus nur störungsfrei funktionieren kann, wenn man die Devisenspekulation unterbindet. Keynes' System ist unverändert aktuell, denn sein Bancor war weder an den Dollar noch ans Gold gekoppelt. Er hat damit genau jene Tücken vermieden, an denen das System von Bretton Woods gescheitert ist.

Wenn man Wechselkurse fixiert, ist jedoch eine Bedingung zu beachten: Der Außenhandel muss ausgeglichen sein. Es darf nicht sein, dass einige Länder permanent Exportüberschüsse anhäufen, während andere Staaten genauso unbekümmert Defizite produzieren. Beim Bancor war daher vorgesehen, dass sowohl Überschüsse wie Defizite mit Strafzinsen belegt werden.

Leider wurde Keynes' kluge Idee bei der Einführung des Euro nicht befolgt – dabei wäre es bei der Währungsunion noch nötiger gewesen, Überschüsse und Defizite zu ahnden. Denn beim Bancor wäre es immerhin jederzeit möglich gewesen, dass die Zentralbanken die Wechselkurse neu festsetzten, falls ein Land zu viel exportierte oder importierte. Dies geht beim Euro bekanntlich nicht, weil alle Mitgliedsländer das gleiche Geld haben.

Inzwischen ist die Eurozone kaum noch funktionsfähig. Deutschland hat gigantische Exportüberschüsse aufgehäuft, während Staaten wie Griechenland oder Spanien beträchtliche Auslandsschulden haben. Diese Unwucht wäre gar nicht erst entstanden, wenn von Anfang an klar gewesen wäre, dass sowohl Überschüsse wie Defizite massiv bestraft werden.

Noch immer sind viele Deutsche stolz auf den großen Exportüberschuss, den ihr Land jedes Jahr erwirtschaftet. Doch ist dieses Plus nur möglich, weil woanders ein Minus entsteht. Zudem ist dieses Plus völlig wertlos und nur noch eine fiktive Zahl in einem Bankcomputer, denn die Schuldner werden ihre Schulden niemals zurückerzahlen können.

Besonders deutlich wird dies am Beispiel Griechenlands: Das Land steckt in genau jener Falle, in der Deutschland ab 1919 festsaß, als es Reparationen leisten sollte. Keynes hat damals das zentrale Problem herausgearbeitet: Wer Auslandsschulden bedienen soll, benötigt Exportüberschüsse. Diese Überschüsse hat Griechen-

land nicht. Es wäre daher sinnvoll, die Schulden der Eurokrisenländer abzuschreiben. Sie sind sowieso rettungslos verloren.⁹

Die Eurozone funktioniert nicht, weil auch sie an einem Irrtum der Neoklassiker krankt: Es wird unterstellt, dass Einzelstaaten genau wie Unternehmen funktionieren würden. Dieses groteske Missverständnis manifestiert sich in dem beliebten Schlagwort der »Wettbewerbsfähigkeit«. So wie einzelne Firmen nur überleben können, wenn sie mindestens so kostengünstig produzieren wie die Konkurrenz, so soll auch für Staaten gelten, dass sie sich im »Wettbewerb« durchsetzen müssen, indem sie möglichst billig sind und Exportüberschüsse anhäufen. Deutschland hat daher seit 1996 gezielt seine Reallöhne gedrückt, um die anderen Euroländer zu unterbieten.

Doch anders als Unternehmen sind Staaten keine Konkurrenten. Die heutige Neoklassik macht exakt den gleichen Fehler, den Adam Smith schon bei den Merkantilisten diagnostiziert hat: Sie setzt auf eine Verarmungspolitik des Nachbarn, auf die Strategie »beggarthy-neighbour«.

Doch wie Adam Smith ebenfalls klar erkannte, kann eine solche Staatenkonkurrenz gar nicht funktionieren: Wohin soll die Exportnation denn exportieren, wenn den anderen Ländern das Geld fehlt, um zu importieren? Kapitalistische Länder können nur gemeinsam reich werden, nicht gegeneinander.

Deutschland muss sich also dringend von seinen gewaltigen Exportüberschüssen verabschieden, wenn die Eurozone überleben soll. Viele Bundesbürger entwickeln sofort Verlustängste, wenn sie diese Nachricht hören, doch auch diese Furcht beruht auf einem Missverständnis: Man darf ruhig »Exportweltmeister« bleiben – solange man auch »Importweltmeister« ist.¹⁰ Wichtig ist nur, dass der Außenhandel ausgeglichen ist, damit alle Länder gemeinsam wachsen können.

»Importweltmeister« kann Deutschland jedoch nur werden, wenn hierzulande die Löhne deutlich steigen. Die frohe Botschaft lautet: Europaweit werden alle reicher, auch die deutschen Unternehmer, wenn die deutschen Arbeitnehmer mehr verdienen. Es handelt sich um eine klassische Win-win-Situation, die nur die Neoklassiker

nicht wahrnehmen können, weil sie niemals die Perspektive der Einzelfirma verlassen.

Die Neoklassiker haben überhaupt ein sehr beschränktes Bild vom Außenhandel: Er kommt bei ihnen nur als Freihandel von Waren vor. Die grassierende Devisenspekulation wird genauso ignoriert wie das Problem der Auslandskredite und -schulden. Doch obwohl dieser neoklassische Begriff vom Freihandel so außerordentlich reduziert ist, soll ausgerechnet diese Schrumpfverson die Welt retten. Die Neoklassik stilisiert den Freihandel zum zentralen Wachstumsmotor, weswegen derzeit etwa 110 Länder damit beschäftigt sind, 22 regionale Handelsabkommen zu verhandeln.

Kritiklos wird unterstellt, dass der Freihandel grundsätzlich effizient sei, und in jedem Lehrbuch wird Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile ausbuchstabiert. Tatsächlich ist dieses Modell mathematisch absolut sauber. Doch wie schon Keynes feststellte, gilt es in seiner reinen Form nur unter einer Bedingung: wenn allseits Vollbeschäftigung herrscht.

Zudem lebte Ricardo in einer Zeit, als es nur kleine Firmen gab. Er hätte sich niemals vorstellen können, dass 200 transnationale Konzerne etwa 10 Prozent der gesamten weltweiten Wirtschaftsleistung produzieren. Geschätzte 50 Prozent des globalen Handels finden nicht mehr zwischen Ländern statt – sondern innerhalb von grenzüberschreitenden Großkonzernen.¹¹

Den klassischen Freihandel gibt es also genauso wenig wie den »freien Markt«, auf dem perfekter Wettbewerb herrscht. Stattdessen wird die globale Wirtschaft von Großkonzernen beherrscht, was Marx und Engels als Erste erkannten. Dieser Konzentrationsprozess ist jedoch keine Intrige böser Kapitalisten, sondern das Paradox des Wettbewerbs: Ausgerechnet das Prinzip der Konkurrenz führt dazu, dass am Ende nur noch Oligopole übrig bleiben. Denn jeder einzelne Unternehmer ist gezwungen, permanent seine Effizienz zu steigern und mehr zu produzieren, wenn er im Wettbewerb bestehen will. Doch da der Markt irgendwann gesättigt ist, überleben nur wenige Giganten.

Das Thema Macht lässt sich also nicht ignorieren, wie die Neoklassik gern behauptet. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die

Wirtschaft von den Großkonzernen und den Finanzmärkten dominiert wird. Der Staat ist daher unerlässlich, um als Gegengewicht zu wirken. Doch ist er mehr als nur ein Reparaturbetrieb, der die Schäden des Kapitalismus beseitigt. Ohne den Staat könnte sich der Kapitalismus gar nicht entwickeln – nicht zuletzt weil den Unternehmern die Ideen ausgehen würden.

Neoklassiker glauben zwar gern, dass die wichtigen Erfindungen einzelnen Genies zu verdanken seien. Doch das ist reine Fiktion. Forschung findet im Kollektiv statt – und wird meist vom Staat finanziert. Die italienisch-amerikanische Ökonomin Mariana Mazucato hat kürzlich untersucht, wie es zu den technischen Erfindungen kam, die neue Produkte wie Google, Smartphones oder komplexe Krebstherapien möglich machten. Ergebnis: Die nötigen Erkenntnisse waren immer in staatlichen Labors entstanden. Private Firmen haben diese Innovationen »nur« noch zu marktfähigen Waren zusammengebaut. Steve Jobs beispielsweise war besonders genial darin, staatliches Wissen in neue Produkte umzusetzen – und den Gewinn zu privatisieren.¹²

Den perfekten Markt gibt es also nicht, den die Neoklassik herbeisehnt. Das ist gut so. Hätte der Markt immer recht, wären ökonomische Theorien überflüssig.

Die Deutung des Kapitalismus wird nie eindeutig sein, und es wird immer konkurrierende Interpretationen geben. Aber keine Theorie sollte so banal sein, dass sie den Kapitalismus auf eine fiktive Tauschwirtschaft reduziert, in der es noch nicht einmal Kredite gibt.

Der Kapitalismus ist nicht nur komplex, sondern paradox, wie Smith, Marx und Keynes wussten: Er ist ein Prozess, der keinen Stillstand kennt. Er ist niemals stabil, sondern schwankt zwischen Boom und Krise. Vermögen existiert nicht per se, sondern hat nur Bestand, wenn es ständig neu eingesetzt wird. Einkommen ist niemals garantiert, sondern entsteht nur, wenn unablässig investiert wird. Für den Einzelnen ist Sparen sinnvoll – für die Gesellschaft als Ganzes kann es gefährlich sein, weil dann die Nachfrage fehlt. Zwischen den Firmen gibt es Wettbewerb, bis kein Wettbewerb mehr übrig ist und nur noch Großkonzerne herrschen. Kapitalismus ist

also keine »Marktwirtschaft«, obwohl es Märkte gibt. Maschinen sind nur Hilfsmittel, doch diese technischen Innovationen definieren die Realität und verändern sie. Der Kapitalismus produziert immensen Wohlstand, aber gleichzeitig vergrößert er den Abstand zwischen Arm und Reich. Es herrscht Überfluss, aber in Krisen kann es plötzlich zu großer Not kommen. Geld entsteht »aus dem Nichts«, ist aber kein Nichts, sondern ein zentraler Machtfaktor, weil die Spekulation die Realwirtschaft aussaugt und erdrückt. Der Kapitalismus scheint das Gegenteil vom Staat zu sein, kann aber ohne den Staat gar nicht existieren.

Der Kapitalismus ist das einzige dynamische soziale System, das die Menschheit je hervorgebracht hat. Die Ökonomie sollte ihn erforschen, statt ihn aus ihrer Theorie zu verbannen.